

II-2166 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 11801J

1991-05-29

A N F R A G E

der Abgeordneten Voggenhuber und Freund/innen

an den Bundesminister für Justiz

Betreffend WEB-Skandal

Der WEB-Skandal hat höchste politische Brisanz. In diesem Zusammenhang mußten der Bürgermeister der Stadt Salzburg, Reschen (SPÖ), sowie der Landesparteiobmann der SPÖ, Radlecker, zurücktreten, obwohl die WEB "farbenmäßig" durch den Gründer, Landpräsidenten Hans Zyla, in der schwarzen Reichshälfte zu suchen ist. Dies zeigt, wie eng die Verflechtung der österreichischen Großparteien ist. Der letzte Schlußbericht des Rechnungshofes hat klar aufgezeigt, daß das Land Salzburg seiner Aufsichtspflicht über das WEB-Imperium nicht nachgekommen ist (zuständig das SPÖ-Ressort des Landes).

Die Vorgänge bei der Verhaftung des Managers der WEB, Bernd Schiedek, nämlich daß der Untersuchungsrichter nicht gleichzeitig mit der Verhaftung die Versiegelung der Büros durchführen ließ, sondern daß die Angestellten drei Tage lang Zeit hatten, die Unterlagen im Hof des Gebäudes zu vernichten (Anfrage vom 10.10.1989), sind mehr als seltsam. In der Beantwortung der Anfrage vom 15.12.1989 wird erklärt, daß der zuständige Untersuchungsrichter in Salzburg nicht ahnen konnte, daß dem WEB-Imperium mehr als 100 Firmen angehören und er daher das Ausmaß des Skandals zum Zeitpunkt der Verhaftung des Managers Schiedek nicht einschätzen konnte.

Mit diesem riesigen Untersuchungsgegenstand WEB ist seit einem Jahr nur eine einzige Richterin beauftragt, die noch dazu wenig Erfahrung besitzt (Alter 32 Jahre). Sie erklärte in einem ORF-Interview (Landesstudio Salzburg), daß sie völlig alleingelassen werde, keinerlei Unterstützung erhält, aber dauernd Drohanrufen ausgesetzt ist. Aus diesem Grunde wurde sie vom ORF nur von hinten gezeigt.

Weiter ist bemerkenswert, daß gegen das WEB-Imperium bereits vor 20 Jahren eine Untersuchung beim Landesgericht Salzburg lief. Während der damaligen Untersuchung verließ der für Wirtschaftsfragen eingearbeitete Staatsanwalt Dr. Graf plötzlich die Staatsanwaltschaft und wurde von dem damaligen WEB-Chef, Landtagspräsidenten Hans Zyla, als Rechtsberater für seine Firmen verpflichtet. In dieser Eigenschaft ist er als einer der Hauptverantwortlichen auch heute noch tätig (Firmensitz: Liechtenstein).

Diese Verfilzungen und Politpraktiken brauchen einen Vergleich mit sizilianischen Verhältnissen nicht zu scheuen.

Die österreichischen Landesverfassungen (alle größeren Parteien müssen gemeinsam an der Landesregierung teilnehmen - Ausnahmen nur Wien und Vorarlberg) ermöglichen daher durch den Wegfall einer dementsprechenden Oppositionskontrolle "Absprachen und politische Deckungen" aller Art. Wie Sie als Justizminister in diesem politischen Klima zu agieren gedenken, wird das Ansehen der österreichischen Justiz bestimmen.

- 2 -

A n f r a g e

1. **Was unternehmen Sie, um der mit diesem Fall betrauten Untersuchungsrichterin die für Untersuchung nötigen personellen und materiellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen ?**